Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pfg.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungsgegenstände
für Gas, elektrisch. Licht, Petroleum und Kerzen.

Meissner Smyrna-Teppich-Fabrik
F. Louis Beilich, Meissen.
Nur Prima-Kammgarn-Fabrikate.
Handarbeit.
Prämiirt mit goldenen Medaillen.

En gros **Max Dorn** En détail
32 Schlossstrasse 32, dem Königl. Schlosse gegenüber.
Modellhüte, Filzhüte, Trauerhüte
garnirt und ungarnirt.
Sämmtliche Putzartikel. Sämmtliche Putzartikel.

R. Beyer, Papier-Gross-Handlung.
Dresden-A. Am See 16 I.
Reichstes Lager aller Arten Papiere, Pappen etc. für eiligen Bedarf.
Alle Anfertigungen mustergemäss prompt und billigst! Um Einholung von Offerten und Kalkulationen wird gebeten.
Billigste Preise. — Tadellose und schnellste Lieferung.

L. Weidig, Waisenhausstrasse No. 34.
Neuheiten Pariser, sowie eigner Modellhüte
in anerkannt mustergültiger Ausführung.
Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin und Paris.

Nr. 318. Spiegel: Französisches Streikzwanggesetz. Damnum bei Hypotheken, Konditoreiläden, Bahnlinie Chemnitz-Wechselburg, Central-Theater, „Germania". Adolf Pichler †. | Muthmaßl. Witterung: Veränderlich. | **Sonntag, 18. November 1900.**

Für den Monat Dezember

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle Marienstr. 38 und bei unseren Neben-Annahmestellen zu **90 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 1 Krone 8 Hellern angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten"

Der Millerand'sche Entwurf eines Streikzwang-Gesetzes.

Die fatalistische Gleichgiltigkeit, mit der die Einbringung des Millerand'schen Gesetzentwurfes über obligatorische Schiedsgerichte in der auswärtigen Presse im Allgemeinen und bei uns im Besonderen aufgenommen wird, ist kein ermuthigendes Zeichen für die Empfindlichkeit, die in den staatserhaltenden Kreisen gegenüber der unaufhaltsam fortschreitenden sozialistischen Gefahr herrscht. Möglich, daß die weltpolitischen Sorgen, mit denen jetzt alle Mächte beschwert sind, zu diesem Indifferentismus das Ihrige beitragen, und daß vielleicht der sozialistische Handelsminister Millerand gerade absichtlich mit schlauer Berechnung den gegenwärtigen Zeitpunkt zu seinem nach normalen ordnungsparteilichen Begriffen schlechtweg ungeheuerlichen gesetzgeberischen Vorgehen gewählt hat.

Der Kern des Entwurfes besteht in den Bestimmungen über die bindende Kraft der Mehrheitsbeschlüsse betreffs eines Ausstandes; daraus rechtfertigt sich die Bezeichnung der Vorlage als eines Streikzwanggesetzes. Die hierauf bezüglichen Vorschriften lauten im Wesentlichen: „Ausstände können nur durch regelrechte Abstimmung der Arbeiter beschlossen werden. Die Theilnahme an einem ohne Abstimmung beschlossenen Ausstande wird mit Gefängniß bis zu einem Jahr und Geldbuße bis zu 3000 Fr. bestraft. Eine entsprechend den Vorschriften des Gesetzentwurfs beschlossene gemeinsame Einstellung der Arbeit ist für alle Arbeiter eines Betriebes bindend. Die Abstimmung über einen Ausstand muß jede Woche erneuert werden." Die Arbeiter eines Betriebes sollen darnach in Frankreich künftig das Recht haben, durch Mehrheitsbeschluß einen Ausstand zu dekretiren und auch ihren arbeitswilligen Kollegen die Befolgung eines solchen Beschlusses aufzuzwingen! Damit wird die sittliche Grundlage des Arbeitsvertrages, die freie Willensbestimmung, völlig aufgehoben und an ihre Stelle tritt der terroristische Zwang der sozialrevolutionären Hetzer. Man muß sich förmlich an die Stirn fassen und sich fragen, ob man wacht oder träumt, wenn man so etwas schwarz auf weiß als eine ernsthafte gesetzgeberische Aktion in einem modernen Staatswesen zu lesen bekommt. Also den französische Sozialrevolutionären soll nach dem Wunsch und Willen ihres Ministers Millerand künftig die alle Schranken der Ordnung durchbrechende Macht beigelegt werden, die arbeitswillige Arbeiterschaft eines Betriebes durch Mehrheitsbeschluß zu vergewaltigen und ihnen die Einstellung der Arbeit anzubefehlen! Das heißt nicht mehr und nicht weniger als daß mit der von dem internationalen Sozialismus erstrebten Enteignung der Betriebsunternehmer der gesetzliche Anfang gemacht wird.

Es fehlt nur noch, daß man auch die Nichtbetheiligung von arbeitswilligen Arbeitern an einem durch Abstimmung beschlossenen Ausstand unter Strafe stellt, und thatsächlich würde eine derartige Bestimmung nach der Annahme des Gesetzentwurfs wohl sehr bald von den sozialrevolutionären Führern als „nothwendig zur Durchführung des Gesetzes" erklärt werden. An ihrer ausgiebigen terroristischen Anwendung wäre dann ebenso wenig zu zweifeln, wie es andererseits sicher ist, daß die bereits in den Entwurf aufgenommene Strafandrohung für die Theilnahme an einem gegen den Willen der Mehrheit in's Werk gesetzten Ausstand lediglich einen dekorativen Werth hat und nur dazu dienen soll, durch Konstruirung eines praktisch kaum denkbaren Falles (denn die Sozialdemokraten werden natürlich immer für eine Ausstandsmehrheit zu sorgen wissen) den Anschein einer gewissen Unparteilichkeit zu erwecken und den krassen Eindruck dieses gesetzlichen Attentats auf die Willensfreiheit der Arbeiter für den oberflächlichen Beurtheiler etwas abzuschwächen. Man wird ja zunächst abzuwarten haben, wie sich die parlamentarische Behandlung der Vorlage weiter gestaltet und was schließlich daraus wird. Immerhin aber läßt sich schon jetzt mit Bestimmtheit sagen, daß die bloße Möglichkeit der Vorlegung eines solchen Entwurfs in dem Parlament eines großen modernen Kulturstaates allgemein ernstliche Beunruhigung erwecken muß und ganz geeignet ist, der mehrfach ausgesprochenen Befürchtung des Fürsten Bismarck, daß von Frankreich her einmal eine amtliche Propaganda für den Sozialismus über Europa hereinbrechen könne, neue Nahrung zu geben. Auch bei uns zu Lande spukt in den Köpfen der Sozialdemokraten schon längst die Vorstellung, wie herrlich es sein müsse, wenn die Betriebsleitungen sammt und sonders in „konstitutionelle" Körperschaften umgewandelt würden, in denen dem Unternehmer ein Arbeiterausschuß „zur Seite steht", soll heißen, den Unternehmer terrorisirt und ihm die ganze Gewalt aus der Hand nimmt. Diese Idee hat sich nun in Frankreich zum ersten Male in die Anfänge einer gesetzgeberischen Verwirklichung umgesetzt, und das dürfte wohl Grund genug für uns sein, daß wir uns über den Ernst der Lage keiner Täuschung hingeben.

Schon oft haben einsichtige Geister bei uns auf die große Gefahr hingewiesen, die in dem „allmählichen Hineinwachsen in den sozialistischen Staat" liegt. Dieses „Hineinwachsen" der modernen Gesellschaft in das sozialrevolutionäre Zukunftsgebilde wird zum Theil durch gewisse unheimliche wirthschaftliche Entwickelungsprozesse, wie beispielsweise die Riesenbazare und die Monopolvereinigungen, unterstützt und gefördert, zum anderen, vielleicht noch größeren Theil aber ist es auf eine übermäßige Neigung des Zeitgeistes zur Verstaatlichung aller Betriebe (will man doch sogar neuerdings ganz ohne Noth das gesammte Feuerversicherungswesen unter die staatliche Haube bringen) und — zuletzt, nicht am wenigsten — auf die vielfach von bürgerlicher Seite geübte sinnwidrige Unterstützung des sozialdemokratischen Organisationsbestrebens zurückzuführen. An sich mag ja gegen eine rein wirthschaftliche Organisation der Arbeiterschaft nichts einzuwenden sein, soweit durch eine solche wirklich nur der Zweck verfolgt wird, die wirthschaftlich schwächere Stellung des einzelnen Arbeiters gegenüber dem kapitalkräftigen Unternehmer möglichst zu stärken. Wozu hilft es indessen, fortwährend auf diesem Steckenpferd herumzureiten, wenn die Erfahrung tagtäglich überzeugender lehrt, daß alle wirthschaftlichen Organisationen von der Sozialdemokratie zu politischen Machtzwecken mißbraucht und in diesem ausschließlichen Sinne gehandhabt und ausgebildet werden? Gerade mit Hilfe einer weitverzweigten, bis in die kleinsten Einzelheiten sorgfältig gegliederten Organisation sucht die Sozialdemokratie sich langsam, aber sicher bis in die gesetzgebende Gewalt der Staaten hinein zu schieben, um dann von dem dort gewonnenen festen Standpunkte aus die bürgerliche Gesellschaft mit einer Gesetzesmache zu überrumpeln, von der der Millerand'sche Entwurf einen Vorgeschmack giebt. Es ist ein schweres öffentliches Unglück, ein wahrer sozialer Krebsschaden, daß sich trotz dieses klar erkennbaren Zieles der Sozialdemokratie bei uns immer noch ein „Sozialismus der Gebildeten" breit machen darf, der mit einer gewissen Altweiber-Sentimentalität dem sozialrevolutionären Organisationsbestreben hilfsbereit entgegenkommt. Man denke nur an die Arbeitskammern des Centrums, an die Berufsvereine des Freisinns, die dieser mit der Rechtsfähigkeit ausgestattet wissen möchte, an die ebenfalls von „bürgerlicher" Seite befürwortete Auswahl der Gewerbeaufsichtsbeamten aus Arbeiterkreisen, und man wird begreifen, wie recht die Sozialdemokraten haben, wenn sie sich über die Naivetät ihrer schlecht unterrichteten, unwissentlichen Helfershelfer aus dem Lager der sozialen Theoretiker in's Fäustchen lachen.

Mit dem Kokettiren und Humanisiren gegenüber der Sozialdemokratie werden Staat und Gesellschaft niemals auf einen grünen Zweig kommen. Helfen kann hier nur eine Politik der zielbewußten Unerbittlichkeit nach Bismarck'schem Muster. Dem Fürsten Bismarck war es auf Grund seines tiefen genialen Einblicks in die geschichtlichen Zusammenhänge und Verkettungen von Ursache und Wirkung klar wie eine Offenbarung geworden, daß es sich bei der Entscheidung der sozialen Frage im revolutionären Sinne lediglich um eine Machtfrage handelt. Deshalb griff Bismarck mit eiserner Faust dort hin, wo die Macht der Sozialdemokratie ihren Sitz und Ursprung hat, und zerstörte die sozialrevolutionäre Organisation, wo immer er sie fand. Die klare Staatskunst des Altreichskanzlers gegenüber der Sozialdemokratie scheint in dem Bewußtsein unserer heutigen Staatsmänner mit ihren gerade auf diesem Gebiete ganz besonders unangebrachten liberalisirenden Anflügen und Neigungen zum Theil verdunkelt worden zu sein. Verstehen unsere Staatsmänner und ordnungsparteilichen Politiker die Zeichen der Zeit auch nur einigermaßen richtig zu würdigen, so werden sie aus den jetzigen Vorgängen in Frankreich Veranlassung nehmen müssen, fortan gemeinsam einen ernsten und wahrhaft zielbewußten Kampf gegen alle Bestrebungen zu führen, die auf eine weitere Stärkung der sozialdemokratischen Organisation und des sozialrevolutionären Terrorismus gegenüber dem Unternehmerthum und der arbeitswilligen Arbeiterschaft hinauslaufen.

Neueste Drahtmeldungen vom 17. November.

(Sämmtliche nicht als Privat-Meldungen gekennzeichneten Depeschen stammen von Wolff's Tel. Bureau; die mit * versehenen sind während des Drucks eingegangen.)

Der Krieg in China.

Berlin. Der kaiserliche Generalkonsul **Knappe** hat am 15. d. M. die Reise nach Nangking auf dem Linienschiff „Kurfürst Friedrich Wilhelm" angetreten, an dessen Bord sich der Geschwaderchef Kontreadmiral Geißler befindet. Zur Zeit liegen auf dem Yangtse in der Nähe von Nangking eine Anzahl englischer und ein französisches Kriegsschiff.

Brüssel. Die Scheuter Mission macht Mittheilungen aus einem vom 20. September datirten Berichte des Provinzialsuperiors der Ost-Mongolei. Der Bericht enthält Einzelheiten über das Martyrium des Missionars Seegers, der am 24. Juli auf Befehl des Unterpräfekten Lang-Ping-Hsien nach schrecklichen Mißhandlungen lebendig begraben wurde, und beruhigt sodann die Angehörigen über das Ergehen der übrigen in der Ost-Mongolei wirkenden Missionare. Alle Missionare aus dem südlichen Theile des Vikariats, 20 an der Zahl, seien in der bischöflichen Residenz vereinigt. Nur der Vater Conrad sei auf seinem Posten an der Grenze der Mandschurei verblieben und habe in einer Mittheilung von Ende August angegeben, daß 7 Missionare im Gebiet der schwarzen Gewässer auf ihren Posten ausharrten. Der Superior meldet schließlich, daß die Missionare sich einer verhältnißmäßigen Ruhe erfreuen und daß der Glaube an die Unverwundbarkeit der Boxer nach den letzten Niederlagen stark erschüttert sei, wenn auch das Räuberwesen noch in Blüthe stehe.

London. Die Abendblätter melden aus Shanghai vom 16. November, **Prinz Tuan** befinde sich gegenwärtig zu Ninghsia in Schansi in Haft. Yuchsien sei in Pinan bei Singanfu verhaftet worden. Beide träfen aber Anstalten, zu entkommen.

New-York. Nach einer Washingtoner Depesche des „New-York Herald" ist die amerikanische Regierung der Ansicht, daß das chinesische Edikt vom 13. November betr. die **Bestrafung** mehrerer hoher Beamter nicht weit genug gehe. Das Kabinet habe daher beschlossen, den Gesandten Conger anzuweisen, er solle darauf bestehen, daß General Tungfuhsian bestraft werde und daß die Strafen für einige der in dem Edikt aufgeführten Beamten noch verschärft werden.

Shanghai. (Priv.-Tel.) **Der deutsche Konsul Dr. Knappe** ist in Nangking eingetroffen und wird heute mit dem Vicekönige Liukunyi eine **Unterredung** haben. Dieser dürfte womöglich gezwungen werden, entweder seine Hand dazu zu bieten, daß die Weiterverproviantirung von Singanfu aufhört und der Hof nach Peking zurückkehrt, oder seine den Mächten unfreundliche Haltung offen dokumentire. Zweideutigkeiten sollen länger nicht geduldet werden. Eine Million Taels, die in verschiedenen Provinzen des Südens und des Centrums gesammelt wurden, sind jetzt nach Schansi unterwegs, wo sie ein Spezialkommissar übernehmen soll. 5 große Transporte, die von Truppen aus den Wusungforts begleitet werden, harren hier der Weiterbeförderung.

* **Berlin.** Wolff's Bureau meldet aus **Schiakwan** unterm 16. November: Generalkonsul **Knappe**, an Bord des „Kurfürst Friedrich Wilhelm" hier angekommen, wird heute Nachmittag eine Unterredung mit dem Generalgouverneur haben. Beim Passiren der Niangyiu-Forts salutirten die chinesischen Kriegsschiffe die Admiralsflagge.

* **Kiel.** Nach einer Meldung des Chefs des Kreuzergeschwaders ist eine weitere **Heimsendung von Mannschaften**, außer den mit dem Dampfer „Köln" unterwegs befindlichen, erst im Frühjahr nächsten Jahres zu erwarten.

* **Paris.** Eine Depesche des Generals Voyron aus **Taku** vom 16. bestätigt die **Besetzung der Grabmäler** im Osten und Westen, ebenso die Hinrichtung des Tartarenmarschalls Fantai in Paotingfu. Die Depesche fügt hinzu, daß in der Gegend von Paotingfu vollständige Ruhe herrsche, obwohl die Anwesenheit einiger Boxer gemeldet wurde. Die Arbeiten zur Vollendung der Bahn nach Hankau schritten gut fort. Der allgemeine Gesundheitszustand sei gut.

* **London.** Der „Daily Mail" wird aus **Washington** gemeldet: Der **russische Einfluß** ist in Amerika stark an der Arbeit; dies tritt in vielen quasi amtlichen oder sonstigen in der Presse veröffentlichten Meldungen über die Lage in China zu Tage, und in den Betrachtungen über die Operationen des Grafen Waldersee ist ein sehr bitterer Ton auffallend. Es wird nur ein schwacher Versuch gemacht, die wirklich militärische Bedeutung dieser Maßnahmen abzuschätzen, vielmehr werden sie meist auf Plünderungslust und reine Mordgier zurückgeführt. Viele der Nachrichten über China sind so entschieden parteiisch und unrichtig, daß man unmöglich glauben kann, daß ihrer Veröffentlichung nicht eine Absicht zu Grunde liege.

Densow's Eiernudeln
Germania-Maccaroni werden allgemein bevorzugt.

* **Wien.** Anläßlich des **Breslauer Zwischenfalles** erschien heute im Palais der deutschen Botschaft im Auftrage mehrerer Mitglieder des Kaiserhauses deren Oberhofmeister, um sich in die aufliegende Liste einzuzeichnen. Es erschienen ferner der Kriegsminister v. Krieghammer, zahlreiche Großwürdenträger, Mitglieder des hohen Adels, Mitglieder des diplomatischen Corps, Erzbischof Taliani und viele hohe Beamte.

Berlin. (Priv.-Tel.) Graf Kanitz (kons.) und Genossen haben einen Antrag auf Abänderung des **Zolltarifgesetzes** eingebracht. Darnach soll von zollpflichtigen Waaren, welche aus Staaten herstammen, in welchen deutsche Waaren der Verzollung nach dem Werthe unterworfen sind, insoweit nicht vertragsmäßige Bestimmungen entgegen stehen, an Stelle der tarifmäßigen Eingangsabgaben Werthzölle erhoben werden können. Zollpflichtige Waaren, welche aus Staaten herstammen, die deutsche Stoffe und deutsche Waaren ungünstiger behandeln, als diejenigen anderer Staaten, sollen, so weit nicht Vertragsbestimmungen entgegen stehen, mit einem Zuschlag bis zu 200 Prozent des Betrags des tarifmäßigen Eingangszolles bezw. des Werthzolles belegt werden können. Tarifmäßig zollfreie Waaren sollen unter gleichmäßiger Voraussetzung der Entrichtung eines Zolles in der Höhe von 10 Proz. unterworfen werden. Die Erhebung von Werthzöllen oder Zollzuschlägen soll nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes durch kaiserliche Verordnung angeordnet werden, diese Anordnung dem Reichstag aber sofort bezw. bei seinem nächsten Zusammentritt mitgetheilt werden. Sie soll außer Kraft gesetzt werden, wenn der Reichstag seine Zustimmung nicht ertheilt. — Die deutsche Reichspartei bezeichnete in ihrer Fraktionssitzung die Art und Weise, wie die **Chinavorlage** begründet worden ist, als eine Unregelmäßigkeit, und behielt sich vor, die konstitutionellen Rechte des Reichstags zu wahren; jedoch legt sie kein Gewicht darauf, daß in der Vorlage nicht ausdrücklich Indemnität verlangt wird. — Gegenüber der Nachricht, daß der **Zolltarifentwurf** dem Reichstage in dieser Session noch nicht zugehen werde, bemerkt die „Deutsche Tagesztg.", daß dies ein frommer Wunsch sein möge, die betheiligten Regierungsstellen seien aber nach wie vor entschlossen, die betreffende Angelegenheit nach Möglichkeit zu fördern. Der Bundesrath werde nicht allzu viel Zeit brauchen, da selbstverständlich seine Mitglieder vorläufig unterrichtet sind und jetzt schon Rücksprache mit ihren Regierungen genommen haben. — Von verschiedenen Seiten wird mit Rücksicht auf die im Prozeß Sternberg zu Tage getretenen Vorkommnisse ein **Verbot** aller Privat-**Detektivbureaus** gefordert.

Berlin. Der **Handwerkskammertag** beschloß mit 31 gegen 15 Stimmen die Frage des Befähigungsnachweises für die Tagesordnung des nächsten Handwerkskammertages zurückzustellen. Er beschloß ferner, bei den Landesbehörden dahin zu wirken, daß der Innungszwang sich auf die Großbetriebe und Mittelbetriebe erstrecke, die handwerksmäßige Arbeiten mit handwerksmäßig ausgebildeten Hilfskräften herstellen. Zum Vorort des nächsten Handwerkskammertages wurde Hannover gewählt. In den Ausschuß wurden gewählt die Kammern von Berlin, Lübeck, Dortmund, Breslau, Dresden, München und Darmstadt. Angenommen wurde hierauf ein Antrag, wonach unzweifelhafte Handwerksbetriebe von der Eintragung in das Handelsregister frei sein sollen. Sodann wurde ein dreigliedriger Ausschuß zur Vorbereitung von Anträgen zur Gewerbeordnungsnovelle gewählt und der Handwerkskammertag geschlossen.

Berlin. Der „Volkszeitung" zufolge sei es den südafrikanischen Republiken gelungen, trotz englischer Ueberwachung die **Staatsarchive** in Sicherheit zu bringen und vor einigen Tagen in einem italienischen Hafen zu landen, wo sie von Delegirten in Empfang genommen wurden. Die Veröffentlichung der Dokumente, welche die finanziellen Triebfedern und die Ziele Chamberlain's enthüllen und die Verletzung der Verträge Seitens Englands beweisen sollen, wird demnächst erfolgen.

Berlin. (Priv.-Tel.) **Prozeß Sternberg.** Der Vorsitzende konstatirt, daß sich Sternberg gestern einer unerhörten Verdächtigung gegen die Beamten schuldig gemacht habe, indem er sagte, daß viele amtlich mit dieser Sache befaßten Persönlichkeiten diesen Zeitungsartikeln nicht fern stehen könnten. Sollte